# Preußische Generalsynode und Konkordatsfrage.*)

Von Prof. Dr. Holstein, Greifswald.

Keine Frage hat das evangelische Volk Altpreußens und mit ihm die Generalsynode und in ihr wiederum den Verfassungsausschuß so lange und so eingehend beschäftigt wie

**Konkordatsproblem und Konkordatsgefahr.**

Keine andere Frage drückt so schwer und lastend auf die gegenwärtige kirchenpolitische, ja kultur- und geistespolitische Situation Deutschlands und des preußischen Staates wie diese.

Zu ihr Stellung zu nehmen, war die Pflicht der Generalsynodaltagung von 1925; gegenüber der vielfach veränderten, ja zum Teil ganz neue Züge tragenden Lage der Gegenwart dies erneut zu tun, ist die Pflicht dieser Generalsynode. Denn das evangelische Volk Altpreußens wartet auf Führerruf; sich dieser Erwartung zu entziehen, würde ein schwerstes Verkennen des Berufes und der Verantwortung dieser unserer Körperschaft bedeuten.

Keine leichte Aufgabe war damit gestellt. Denn einmal galt es, auch von dieser Stelle her der leidenschaftlichen Welle evangelischen Bewußtseins, die in diesen Tagen mit mächtiger Gewalt weithin durch unser Volk geflutet ist, Ausdruck zu geben. Aber es galt auch nicht minder, in allem Bewußtsein der zu fast unerträglicher Spannung gesteigerten Situation die eherne Ruhe kirchen- und staatsmännischen Handelns zu wahren, die eben dieser Situation mit restloser Entschlossenheit ins Auge blickt, bewußt und gewillt, das ihr anvertraute Schiff sicher durch die Zone erhöhter Gefahr dahinzusteuern. Denn daran ist kein Zweifel:

**Das Schicksal evangelischen Kirchentums, deutschen Geisteslebens und nationalen Einheitsgedankens wird auf Jahrzehnte hinaus bestimmt werden durch die Art und Weise, wie diese Situation sich löst.**

Ernste Bedenken und verantwortungsschwere Sorgen begleiteten darum jede Silbe, jedes Wort unserer Formulierung, nicht ohne daß in dieser und jeder Einzelwendung mancher Ausgleich verschiedener Meinungen über Sinn und

*) „Tägliche Rundschau", Beilage „Dienst am Volk", Nr. 19 vom 15. Mai 1927.

Technik dieser Formulierungen zu vollziehen war. Vielfach wurde eine Verstärkung in Ton und Haltung der Erklärung nach der Richtung hin gewünscht, wie sie in zahlreichen spontanen Kundgebungen aus dem Kirchenvolk uns entgegentrat. Aber man fand sich darin, daß die Sprache der verfaßten Kirche um ihrer geistigen und geistlichen Eigenart willen ihren besonderen und zurückhaltenderen Stil zu wahren habe. Einmütig und einstimmig trägt der Verfassungsausschuß den Entwurf dieser Entschließung vor sie hin, und wir sind gewiß, daß er einmütig und einstimmig von der gesamten Generalsynode, durch alle Gruppen hin und über alle kirchenpolitischen Differenzierungen hinweg von ihnen aufgenommen werden wird — einmütig und einstimmig darin, daß jetzt ein Dreifaches not tut. Einmal:

**ein letztes ernstes Wort hinauszurufen an alle verantwortlichen Männer in Staat und Politik,**

ein Wort der Warnung vor der schweren Belastung des konfessionellen Friedens, der Schädigung deutsch-evangelischen Kirchen- und Glaubenstums, der Erschütterung des Staatsbewußtseins und deutscher Geistesgemeinschaft, das aus ihrem Handeln entstehen kann.

Zum Zweiten: feierlich zu bekunden das Vertrauen, das wir zu den berufenen Führern in Kirchensenat und Oberkirchenrat, deren Schutz und Vertretung der evangelischen Interessen in amtsmäßiger Arbeit in die Hand gegeben ist, hegen. Sie sollen wissen und alle Welt soll wissen, daß, alterserprobt und neubefestigt,

**das Vertrauen des gesamten altpreußischen Kirchenvolkes hinter ihnen steht.**

Und drittens: Sollte sich die gegenwärtige Lage im weiteren Werden der Dinge so zuspitzen und verschärfen, daß eine Gefährdung der elementarsten Lebensbedingungen des evangelischen Volksteils im preußischen Staat eintritt, dann verlangen und dann erwarten wir, daß wir als Generalsynode erneut zusammentreten. Das ist das letzte, ja, das den ganzen Sinn unserer Erklärung erst eigentlich Vollendende. Wir wollen nicht Worte sprechen und auseinandergehen, sondern wir sind entschlossen, Taten zu tun. Wir wollen uns nicht ausschließen lassen von der weiteren Entwicklung der Dinge, sondern, tut es not, die gesammelte Kraft unseres gespannten Willens einsetzen. Denn die deutsche Oeffentlichkeit muß sich wohl oder übel daran gewöhnen:

**20 Millionen evangelische Preußen lassen sich nicht ausschalten, wenn es um die höchsten Dinge deutscher geistiger Zukunft geht.**